

Laurahütte-Siemianowitzer Zeitung

Erscheint Montag, Dienstag, Donnerstag und Sonnabend und kostet vierzehntägig ins Haus 1,25 Poln. Betriebsstörungen begründen keinerlei Anspruch auf Rückerstattung des Bezugspreises.



Einzige älteste und gelesenste Zeitung von Laurahütte-Siemianowitz mit wöchentlicher Unterhaltungsbeilage.



Anzeigen nimmt die Geschäftsstelle dieser Zeitung entgegen. Die achtgespaltene Kleinzeile kostet je mm 10 Groschen, auswärtige Anzeigen je mm 12 Gr. Reklame mm 40 Groschen. Bei gerichtl. Beitreibung ist jede Ermäßigung ausgeschlossen.

Geschäftsstelle: Siemianowice (Śląskie), ulica Bytomska (Beuthenerstraße) 2
Fernsprecher Nr. 501

Nr. 20

Donnerstag, den 2. Februar 1928

46. Jahrgang

Ein neuer russisch-polnischer Konflikt

Die polnische Delegation von Moskau abgereist — Keine Aussicht auf Aufnahme der polnisch-russischen Verhandlungen

Kowno. Wie aus Moskau gemeldet wird, haben die am 26. Januar in Moskau eingetroffenen polnischen Unterhändler Słowski und Sokolowski am 30. Januar bereits Moskau verlassen. Wie von russischer amtlicher Seite verlautet, ist die Abreise auch für amtliche Kreise unerwartet erfolgt. Die polnischen Unterhändler seien in keine Verhandlungen mit der russischen Verhandlungskommission eingetreten. In den vier Tagen ihres Aufenthaltes in Moskau hätten sie nicht einmal das Außenkommissariat besucht.

Das Nichterscheinen der Polen im Außenkommissariat hat in amtlichen Kreisen Befremden hervorgerufen, umso mehr, als der polnische Außenminister Zaleski dem russischen Gesandten in Warschau am 28. Januar erklärt hat, daß die polnischen Delegierten die Instruktion erteilt habe, sofort die Verhandlungen aufzunehmen.

Der Danziger Eisenbahnkonflikt vor dem Haager Gerichtshof

Amsterdam. Der permanente Internationale Gerichtshof in Haag wird am 6. Februar zu einer außerordentlichen Sitzung zusammentreten. Zur Behandlung kommt die vom Völkerbundsrat eingereichte Anfrage, ob die Danziger Eisenbahnbeamten, die in den Dienst der polnischen Eisenbahnverwaltung traten, das Recht haben, in finanziellen Differenzen zwischen ihnen und der Eisenbahn an den Danziger Gerichtshof zu appellieren. Der Gerichtshof hat sich entschlossen, mündliche Ausführungen der Parteien entgegenzunehmen, und die Plädoyers der gegenseitigen Vertreter werden am Dienstag, den 7. Februar, um 10,30 Uhr vormittags, beginnen. Polen wird in dieser Angelegenheit durch Herrn L'omborg, Danzig durch Herrn Gilbert Gidel, Professor der Rechte an der Pariser Universität, vertreten sein.

Auslandsdeutsche Kulturpolitik

Von Viktor Kauder-Kattowitz.

Jede deutsche Minderheit ist schicksalsmäßig eingepaßt in eine qualvolle Zweifelt. Als deutsche Minderheit gehört sie dem deutschen Volkstörper an und prägt in ihren Menschen die deutsche Volkstheit aus nach Wesen und Sein. Lebt also unlösbar im deutschen Volksleben und macht seine Strömungen und Krisen mit, wenn auch in einem anderen Rhythmus. Alle größeren geistigen Bewegungen wirken sich auch im Grenz- und Auslandsdeutschtum aus, aber in jahrelangem zeitlichen Abstand, der wieder in den verschiedenen auslandsdeutschen Siedlungen verschieden gestuft ist, auch unter mannigfacher Auslese und Wandlung steht. Das muß so sein und geht nach organischen Gesetzen geistiger Verbindung vor sich. Solange ein auslandsdeutscher Körper gesund ist, trifft er die Auswahl aus dem deutschen Geistesgut instinktiv und sicher. Leider kann man diese fernige Gesundheit, die sich in Heimatgebundenheit, geistiger Eigenregsamkeit und biologisch in Sippenfruchtbarkeit und Tradition äußert, nicht mehr durchwegs antreffen.

Andererseits ist unser Ost-Deutschtum eingeschlossen in verschiedene Staaten, deren Realpolitik wir als wichtigsten Faktor unsere Kulturpolitik mit in Rechnung stellen müssen.

Der demokratische Gedanke des Selbstbestimmungsrechtes der Völker muß in der Praxis der Staaten, um das Minderheitenproblem in seinem Kern zu lösen, in die Gewährung der kulturellen Autonomie umgesetzt werden. In Estland, wo dies geschehen ist, ist eine Veruhigung der Lage eingetreten.

Das Völkerchaos in Osteuropa ist nur mit Hilfe dieses Selbstbestimmungsrechtes zu lösen. In den einzelnen Staaten muß diese Forderung das Endziel kulturpolitischer Arbeit sein. Das Ausmaß und die Art der Gestaltung wird wohl verschieden nach Zahl, Art und Wesen der Minderheiten sein.

Dies wären die großen Richtlinien, die wohl allen ostdeutschen Volkstumsteilen gemeinsam sind. In sie hinein würden hemmende Versuche des Staatsvolkes, durch Verminderung und mögliche Austilgung der Deutschen die Grundlage für ihre Autonomieforderung zu nehmen. Die Art des Vorgehens ist überall ziemlich gleichlaufend: Schuldrosselung und Agrarreform. Hier gibt es zwei Wege: den der Abwehr mit parlamentarischen Mitteln, um Notfall mit Anrufung des Völkerbundes, ein wesentlich-staatsläufiger Weg, der aber gegangen werden muß, um kein Rechtsmittel außer acht zu lassen, dann den Weg der Selbsthilfe. Der erstere ist Nothilfe, die bestenfalls erhalten kann, der zweite Schulung zur Opferbereitschaft, Stärkung des Volkstörpers, Aufbau. Es ist der Weg der Vorbereitung der kulturellen Autonomie vom Minderheitenkörper aus, der eigentliche kulturpolitische Weg.

Hier steht das Deutschtum in den einzelnen Oststaaten auf ganz verschiedener Stufe. Von ganz durchgebildeter Selbsthilfe und Verwaltung, wie man sie bei den Siebenbürger Sachsen finden kann, über Teilanfänge in der Tschechoslowakei, bis zu schwachen Versuchen im Deutschtum Polens führt uns die Betrachtung. Es gilt voneinander zu lernen.

Alle kulturpolitische Arbeit erfordert Einstellung auf lange Sicht, dann aber auch im Geistigen ein Auf-sich-selbst-stellen. Was im Mutterlande als Bewegung auf dem Gebiet der Schule oder der Volksbildung gerade richtig ist, kann für ein Minderheitendeutschtum gerade falsch und tödlich sein, ja selbst was für eine unter den ostdeutschen Siedlungen gilt, paßt nicht blindlings auf die andere. Es ist nötig aus der organischen Gesamtheit, aus der kulturellen Höhe, aus Heimat und Anlage, den kulturellen Bauplan für jedes einzelne Deutschtum zu finden.

Der kulturpolitische Weg ist also im Wesentlichen ein Weg der Bildung, das heißt der Erziehung nach dem Bilde. Allerdings erfolgt diese Bildung nicht nur willensmäßig durch uns Menschen, vielmehr formen die Schicksalsmächte am ostdeutschen Menschentum. Und wir müssen erkennen lernen, was dieses außerhalb der Willenssphäre des Menschen liegende Geschehen von uns verlangt. Wir müssen den Gedanken des Opfers für das Volkstum stärken, damit wir unsere kulturellen Einrichtungen immer weiter ausbauen können. Hier wäre der Versuch der Selbstbesteuerung für deutsche Zwecke zu unternehmen, wie er in manchen Deutschstumsteilen, z. B. in Belgien mit Erfolg durchgeführt wurde. Das Privatschulwesen muß weiter ausgebaut werden. Mutterschulen, das heißt Anleitung der Mütter durch Wanderlehrer, wie sie ihre Kinder zu Hause deutsch lehren, schreiben und reden lehren können, sind zur Erhaltung unseres deutschen Volkstums, welches gerade in den einfachen Schichten stark bedroht ist, dringend nötig. Das freie Volkswirtschaftswesen muß das Fehlen von Hochschulen, die Gefahr der geistigen Verkalkung durch rege Tätigkeit zu beheben suchen. Vertiefung und Bereicherung unseres Volkstums tut bitter not. Ein systematisch ausgebautes, fortschrittliches Bücherwesen muß der stetigen Führungnahme mit den Werten deutscher Geistigkeit dienen.

Englische Intervention in Sofia u. Belgrad

Sofia. Es bestätigt sich, daß die englischen Gesandtschaften in Sofia und Belgrad in den letzten Tagen Rat schläge erteilt haben, die sich auf die Wahrung guter Beziehungen zwischen Bulgarien und Jugoslawien beziehen. Bei dieser Gelegenheit überreichte der englische Gesandtschaftsträger in Sofia eine Liste mit den Namen bekannter Mazedonier, die in der Nähe der Grenze wohnen, mit der Empfehlung, diese Leute zur Vermeidung von Grenzschwierigkeiten landeinwärts zu bringen und unter polizeilicher Aufsicht zu stellen. Hierzu meldet das Regierungsblatt

„Slowo“, daß die bulgarische Regierung keine Veranlassung habe, solche außergewöhnlichen Maßnahmen zu ergreifen. Der in den mazedonischen Bezirken verhängte Belagerungszustand biete genügende Gewähr für die Aufrechterhaltung der Ordnung längs der Grenze. Der englische Schritt werde als von nicht unmittelbar interessierter Seite kommen und über das übliche Maß hinausgehend angesehen u. als außergewöhnlich empfunden. Eine polizeiliche Aktion gegen die Mazedonier in dem von England vorgeschlagenen Sinne würde Bulgarien unabsehbare Konsequenzen bringen.

Woldemaras in Kowno

Vitauische Pressestimmen zu den Berliner Verhandlungen.
Kowno. Ministerpräsident Woldemaras, der Dienstag von Berlin nach Kowno zurückkehrte, wurde auf dem Bahnhof von Landesgeschäftsmännern, ferner von dem Generalkonsul und anderen höheren Beamten empfangen.

Einoffizielles Kommuniqué über das Ergebnis der deutsch-litauischen Verhandlungen wurde in Kowno erst heute vormittags herausgegeben. Von der litauischen Presse haben sich dazu bis jetzt nur das Organ der litauischen Oppositionellen, „Litauische Stimmen“, sowie die „Litauische Stimme“ geäußert. „Litauische Stimmen“ betrachtet die Lage pessimistisch und erklärt, daß Woldemaras auf der ganzen Linie kapituliert habe. Es sei nichts Konkretes erreicht worden, besonders nicht bezüglich des Handelsvertrages, nämlich die Einfuhr von litauischem Vieh und Fleisch nach Deutschland. Das Kommuniqué sei im ganzen genommen außerordentlich undurchsichtig und lasse keinen Raum für irgendwelchen Optimismus. In ähnlich skeptischem Sinne äußert sich auch die „Litauische Stimme“.

Die Liste 13 und 16 unzulässig

Warschau. Gestern beschäftigte sich die Generalkommission mit der Zulassung der Listen Nr. 13 (Kommunistische Partei) und Nr. 16 (P. P. S. Lewica) und hat in späterer Sitzung entschieden, daß die Listen zur Wahl nicht zugelassen werden sollen. Als Grund wird angegeben, daß unter den Unterstützungsunterschriften eine Anzahl Namen vertreten sind, deren Träger keine Wahlberechtigung besitzen.

Der Ukrainerprozeß in Lemberg

Lemberg. Der Prozeß, der hier zur Zeit gegen 17 Ukrainer wegen der Ermordung des polnischen Schulkurators Sobolinski stattfindet, hat unter der gesamten ukrainischen Bevölkerung in den letzten Tagen in wachsendem Maße Beunruhigung und Erbitterung hervorgerufen. Von der polnischen Presse wird der Prozeß im Zusammenhang mit der gegenwärtigen Wahlagitatio groß ausgeschlachtet und zu einer neuen Verdächtigung gegen die ukrainische Bevölkerung benutzt. Die beiden Hauptangeklagten, Mitglieder einer von den polnischen Behörden verboten national ukrainischen Organisation, werden ganz offen als die Mörder bezeichnet, während sich immer mehr herausstellt, daß sie wahrscheinlich ganz unschuldig sind und die wirklichen Täter sich längst außer Landes in Sicherheit befinden.

Amnestie der Kommunisten in Norwegen

Oslo. Die neue norwegische Arbeiterregierung hat Dienstag zwei Kommunisten, die zu Gefängnisstrafen verurteilt worden waren, aus dem Gefängnis entlassen. Die Regierungsmaßnahme erregt in der Öffentlichkeit Aufsehen.

Botschafter von Brittwitz bei Coolidge

New York. Bei der Ueberreichung seines Beglaubigungsschreibens an Präsident Coolidge erklärte Botschafter von Brittwitz, daß der aufrichtige Wunsch des deutschen Volkes das ungeführte Vermächtnis von Malhan und seine eigene Ueberzeugung hinter seinen Bemühungen um die Vertiefung der deutsch-amerikanischen Beziehungen stehen werden. Der Präsident erwiderte, daß dem neuen deutschen Botschafter die vertrauensvolle Mitarbeit ganz Amerikas gehören würde. Der frühe Tod von Malhan sei für beide Staaten ein großer Verlust gewesen.

Paris zum verzögerten Titulescu

Paris. Die fortgesetzte Verschiebung der Ankunft des rumänischen Ministers des Aeußeren in Paris, veranlaßt die französische Presse, erneut ihre Bedenken über die Verhandlungen Titulescu mit Mussolini zu äußern. Der nationalitische „Jatransigeant“ möchte wissen, was der Gegenstand der dritten Unterredung zwischen Mussolini und Titulescu gewesen sei, so daß die bereits angefangene Titulescu erneut verschoben werden mußte. Der linksstehende „Soir“ meint, daß ein allgemeiner Pakt zwischen Italien und Rumänien vorbereitet werde, was gar nicht verwunderlich wäre, nachdem beide Staaten, Rumänien und Italien, so ziemlich den gleichen Angriffen unterworfen seien. Allem Anschein nach wird in diese neue Kombination auch Ungarn aufgenommen werden und damit das ganze Balkan- und Donauproblem eine vollkommene Umwandlung erfahren. Aber ob der europäische Friede damit gewonnen werde, sei eine andere Frage.

Die Aufstände in Mexiko

London. Wie aus Mexiko gemeldet wird, besagen dort eingegangene Berichte, daß in verschiedenen Teilen Mexikos die Kämpfe zwischen mexikanischen Regierungstruppen und Rebellen in den letzten Tagen an Ausdehnung zugenommen haben. In den Michoacan-Bergen fand ein mehrstündiger Kampf statt, in dessen Verlauf die Regierungstruppen 16 Tote und 12 Verwundete verloren. In Orizaba hat sich der Rebellenführer, General Lozada, mit seinem Gefolge ergeben und große Mengen Munition und Artillerie ausgeliefert.

Die Hunan-Armee in die Flucht gezwungen

Paris. Nach einer Havasmeldung aus Schanghai gibt der Kommandant von Hankau bekannt, daß er vier Hunan-Armeen bei Schanghai in die Flucht schlug und 15 000 Gefangene machte. Außerdem fielen 12 000 Gewehre, 20 Feldkanonen und etwa 50 Maschinengewehre in seine Hand. Die besiegten Armeen bestanden aus den Honantruppen, die am 14. November Schanghai vor den Nankingtruppen räumten.

